

von Tarek Abu Ajamieh

Veröffentlicht am: 28. Sep 2020 - 6:40 Uhr

Aktualisiert: 28. Sep 2020 - 10:55 Uhr

Auch Gorleben wird es nicht

Prüfung für Atom-Endlager: Kali-Bergwerke im Kreis Hildesheim ausgeschlossen

Kreis Hildesheim - Am Montagvormittag wird öffentlich, welche Regionen für ein Atom-Endlager genauer untersucht werden sollen. Einiges steht aber bereits jetzt fest.

Kreis Hildesheim - Am Montagvormittag will die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) in Berlin bekannt geben, welche Regionen Deutschlands sie mit Blick auf ein neues Atommüll-Endlager genauer untersuchen will. Ein Großteil der von den geologischen Voraussetzungen her infrage kommenden Gebiete liegt in Niedersachsen. Der Salzstock Gorleben soll hingegen als Standort ausscheiden, wie am Montagmorgen bekannt wurde.

Nach Ansicht der Fachleute der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover gehören hingegen auch weite Teile des Landkreises Hildesheim dazu, weil es dort „untersuchungswürdige Tonsteinformationen“ gibt.

Die Nachricht von einer möglichen Betroffenheit des Landkreises Hildesheim hat in Kommunalpolitik und Bevölkerung alte Spekulationen und Ängste neu befeuert: Das Giesener Kali-Bergwerk könnte im Fokus der Endlager-Suche stehen, Atommüll für alle Ewigkeit tief im Boden des Nordkreises eingelagert werden.

Was gegen Giesen spricht

Doch dagegen sprechen nicht nur die Veröffentlichungen der BGE im Vorfeld. Auch der Düngemittel-Konzern Kali + Salz (K+S) als Betreiber mehrerer zum Teil noch offener, zum Teil stillgelegter Bergwerke im Hildesheimer Land legt sich allerdings auf Nachfrage fest: Keiner dieser Standorte komme für ein Atommüll-Endlager in Betracht.

„Sowohl Siegfried-Giesen als auch Bad Salzdetfurth oder andere ehemalige Kalibergwerke wurden als Gewinnungsbergwerke errichtet und betrieben“, erklärt K+S-Sprecher Ulrich Göbel auf HAZ-Nachfrage. Das bedeutet, dass das Ziel sei, dort möglichst viel Rohstoff abzubauen, wodurch sehr große Hohlräume unter Tage entstehen. „Im Gegensatz dazu ist eine wesentliche Anforderung an Endlagerbergwerke, dass die Größe der Hohlräume möglichst klein und deren Abstand zueinander möglichst groß sein soll“, so Göbel weiter.

Steinsalz gefragt – nicht Kali

Beide Voraussetzungen seien in Produktionsbergwerken nicht gewährleistet. Er betont: „Unter anderem aus diesem Grund kommen aus unserer Sicht die vorgenannten Bergwerke nicht in Betracht bei der Endlagersuche.“

Doch es gebe noch weitere Ausschlusskriterien, die sich aus dem Anforderungskatalog der BGE ergeben. So sei der Mindestabstand zu Siedlungen bei den Bergwerken im Raum Hildesheim nicht gegeben, auch seien diese nicht tief genug. Grundsätzlich kämen ohnehin eher Steinsalz-Lagerstätten als die in dieser Region vorhandenen Kali-Lagerstätten in Betracht. Denn letztere seien „aufgrund ihrer komplexen mineralogischen Zusammensetzung und der besonderen chemischen Eigenschaften einiger Kali-Mineralen“ kaum geeignet.

Spannung am Vormittag

Letzteres ist auch für die BGE der offenbar entscheidende Punkt. Die Behörde mit Sitz in Peine hat beim Thema Salzgestein nämlich ausdrücklich nur Steinsalz-Formationen als mögliche Standorte für ein neues Atommüll-Endlager genannt. Allen Gerüchten zum Trotz ist damit klar: Die alten Kali-Bergwerke kommen bei der Endlager-Suche nicht infrage.

Ob sich auch die hiesigen Tongestein-Formationen von vornherein ausschließen lassen, zeigt sich am Vormittag. Schon jetzt steht hingegen fest, dass es der vermeintliche Favorit nicht wird: Das über Jahrzehnte vorgesehene Endlager bei Gorleben im Wendland kommt aus Sicht der Experten nicht infrage und taucht nicht auf der Liste der sogenannten Teilgebiete auf.